



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221

für die Mitglieder
des Innenausschusses

- 60-fach -



17. Oktober 2017

Seite 1 von 3

Telefon 0211 871-3047

Telefax 0211 871-

Sitzung des Innenausschusses am 19.10.2107

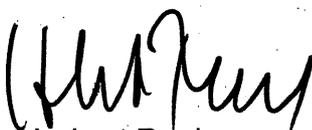
Antrag der Fraktion SPD vom 25.09.2017

„Kritik des Bundesinnenministeriums an der Tolerierung verbotener PKK-Symbole auf kurdischen Kulturfestival in Köln - Welche Linie wird Nordrhein-Westfalen diesbezüglich zukünftig verfolgen“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich 60 Exemplare des schriftlichen Berichts zum TOP „Kritik des Bundesinnenministeriums an der Tolerierung verbotener PKK-Symbole auf kurdischen Kulturfestival in Köln - Welche Linie wird Nordrhein-Westfalen diesbezüglich zukünftig verfolgen“ der Sitzung des Innenausschusses am 19.10.2017.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht des Ministeriums des Innern
zur Sitzung des Innenausschusses am 19.10.2017
zum Tagesordnungspunkt**

**„Kritik des Bundesinnenministeriums an der Tolerierung
verbotener PKK-Symbole auf kurdischen Kulturfestival in Köln -
Welche Linie wird Nordrhein-Westfalen diesbezüglich zukünftig
verfolgen“**

Antrag der Fraktion der SPD vom 20.09.2017

An dem weitestgehend störungsfrei verlaufenen "25. Internationalen Kurdischen Kulturfestival" am 16.09.2017 in Köln nahmen ca. 14.000 Personen teil.

Im Laufe der Veranstaltung wurden vereinzelt Fahnen mit Symbolen der in Deutschland seit 1993 mit einem Betätigungsverbot belegten Arbeiterpartei Kurdistans - PKK sowie zahlreiche Fahnen mit dem Konterfei Öcalans geschwenkt.

Die Polizei Köln hat die rechtliche Bewertung von unter das Kennzeichenverbot fallenden Symbolen mit der zuständigen Staatsanwaltschaft abgestimmt, die verbotenen Symbole in der behördlichen Versammlungsbestätigung niedergelegt und in den Fällen, in denen verbotene Symbolik nach der Versammlungsbestätigung gezeigt worden ist, Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Zur Kritik des Bundesinnenministeriums am Vorgehen der Polizei wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 21.04.2017 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Frank Tempel, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. vom 24.03.2017, verwiesen (Drucksache 18/12025). Dort heißt es in der Vorbemerkung der Bundesregierung:



„Dementsprechend handelt es sich bei der in Rede stehenden aktuell verbotenen Symbolik ausschließlich um Kennzeichen, die von der PKK für ihre Zwecke verwendet werden. Die Verwendung weiterer Symbole, auf die in Teilen der Kleine Anfrage im Folgenden Bezug genommen wird, ist davon folglich nicht berührt.“

Von hier spezifischer Bedeutung sind im Weiteren die Antworten auf die Fragen 13b und 13c:

„Nach den Feststellungen der Bundessicherheitsbehörden, die auf einer Auswertung des PKK-Versammlungsgeschehens in Deutschland fußen, nutzt die Organisation für ihre Zwecke zunehmend eine Fahne auf gelbem oder grün-gelbem Grund mit dem Abbild des PKK-Anführers Abdullah Öcalan. Sollte die Beobachtung des künftigen Versammlungsgeschehens zu dem Ergebnis kommen, dass vermehrt „andersfarbige Fahnen“ bzw. Propagandamaterial ähnlicher Größe zum Einsatz kommen, wird dies im Rahmen einer künftigen Aktualisierung des Kennzeichenverbots geprüft werden.“

Eine entsprechende Aktualisierung ist bisher nicht erfolgt.

Jedoch wird zur Erörterung der aktuellen Rechtslage im Zusammenhang mit dem Verbot, Kennzeichen der verbotenen Vereine PKK und ERNK öffentlich in einer Versammlung zu verwenden in der zweiten Oktoberhälfte auf Initiative des IM NRW ein Gespräch zwischen dem BMI und dem IM NRW stattfinden. Eine weitere Besprechung auf Bund-Länder-Ebene ist vom BMI für Mitte November angesetzt.